

V0240/24

Abschlussbericht zur Gründung einer regionalen Energieagentur
(Referentin: Bürgermeisterin Kleine)

Antrag:

1. Der Abschlussbericht zur Gründung einer regionalen Energieagentur wird bekannt gegeben.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, Alternativen zu prüfen, die die Aufgaben einer Energieagentur - ganz oder teilweise - übernehmen könnten.

Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Nachhaltigkeit	07.05.2024	Vorberatung
Stadtrat	04.06.2024	Entscheidung

Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Nachhaltigkeit vom 07.05.2024

Stadtrat Dr. Meyer führt aus, dass es interessant wäre zu erfahren, warum die Landkreise von diesem Vorschlag zurückgetreten beziehungsweise diesem nicht gefolgt seien. Sofern man dies in der öffentlichen Sitzung berichten könne, wäre es natürlich für die Stadtratsmitglieder schon wichtig, zu wissen, warum es nicht zu der Gründung dieser regionalen Energieagentur gekommen sei. Darüber hinaus habe sich die Stadt Ingolstadt nun dazu entschieden, diese operative Einheit als eine GmbH zu gründen. Hierzu möchte Stadtrat Dr. Meyer in Erfahrung bringen, ob mit den Landkreisen bei den Gesprächen über die Gründung einer regionalen Energieagentur neben dem Beratungsthema auch das Thema der operativen Einheit besprochen worden sei. Bei dem Beratungsthema würde es sich nach den Angaben von Stadtrat Dr. Meyer zufolge um Beratungen von Hauseigentümern und Mieter handeln, was sie konkret bei ihrem Gebäude machen können.

Um die Frage von Stadtrat Dr. Meyer beantworten zu können, möchte Bürgermeisterin Kleine in Erfahrung bringen, was dieser unter dem Begriff einer operativen Einheit im vorliegenden Fall konkret verstehe.

Stadtrat Dr. Meyer erklärt, dass er unter diesem Begriff eine Einheit verstehe, die die Anlagen plane und anschließend tatsächlich auf die Dächer bringe. Auf der einen Seite sei es gut, dass die Stadt Ingolstadt eine solche operative Einheit mit der Gründung der Stadtenergie GmbH auf den Weg gebracht habe. Andererseits hätte sich die Ausschussgemeinschaft FDP/JU ein solches Konstrukt auch für die gesamte Region vorstellen können.

Bürgermeisterin Kleine schildert, dass es bei den Beratungen mit den umliegenden Landkreisen um die Energieagentur und deren Dienstleistungsangebote, die diese nach den Förderrichtlinien der bayerischen Staatsregierung anbieten dürfe, gegangen sei. Die Landkreise Neuburg/Schrobenhausen sowie Eichstätt würden dabei eigene Strategien für

ihre Energiewende verfolgen. Zur Ablehnung des Landkreises Pfaffenhofen, der zu Beginn noch die Energieagentur gemeinsam mit der Stadt Ingolstadt gründen wollen, führt Bürgermeisterin Kleine aus, dass der Landrat am Ende bei seinen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern nicht genügend Zuspruch erhalten habe, um dieses Thema überhaupt im Kreistag diskutieren zu lassen. Nichtsdestotrotz habe sich der Landkreis Pfaffenhofen anfangs noch an der Vorbereitung des Themas und an der Erstellung des Businessplans beteiligt. Als Grund für die Ablehnung der Landkreise könne man anführen, dass diese, wie bereits erwähnt, allesamt eigene Wege und Strategien für ihre Energiewende verfolgen. Zumal von den Landkreisen in diesem Zusammenhang auch geäußert worden sei, dass sie mehr im Operativen als im Beratungsbereich unterwegs sein möchten. Daraus ergebe sich allerdings der Nachteil, dass ein Teil der Dienstleistungen, die eine Energieagentur anbiete, um wirtschaftlich zu arbeiten, einfach nicht mehr abgerufen werden können. Denn wenn die Kommunen sehr diverse Wärme- und Energieplanungen haben, dann sei das Zentrale einfach nicht mehr gegeben. Deshalb ist Bürgermeisterin Kleine der Ansicht, dass man dann besser beraten sei, Abstand zu nehmen vom Modell der staatlich geförderten Energieagentur. Insofern müsse man den Kern dieser Beratungsdienstleistung nun einfach neu aufsetzen. Dabei könnte man auch noch einmal einen Aspekt aus der Wirtschafts- und Clusteranalyse aufnehmen, demzufolge auch Unternehmen sehr stark an einer Beratungsdienstleistung interessiert seien. Zum Teil ging dies allerdings dann auch schon in den operativen Bereich, in dem man dann beispielsweise Bündelausschreibungen durchführen könnte. Bürgermeisterin Kleine sichert zu, dass man nun konkret prüfen werde, ob man nicht mit der Stadtenergie GmbH einen Teil dieser Leistungen, die in den operativen Bereich hineingehen würden, abdecken könne. Hinsichtlich der Beratungsdienstleistungen führt Bürgermeisterin Kleine aus, dass die Bevölkerung oder auch Unternehmen gerne eine neutrale Beratung bei dieser Thematik hätten. Hierbei genieße beispielsweise der Verbraucher Service Bayern, der mit der Stadt die Energiekarawanen anbiete, ein großes Vertrauen. Im Gegensatz dazu werden Beratungsdienstleistungen von Institutionen, die selber auf dem Markt tätig seien, immer ein wenig kritisch gesehen. Angesichts dessen ist Bürgermeisterin Kleine der Meinung, dass man mit einem Portfolio aus neutralen Beratungsstellen und den Stadtwerken Ingolstadt ein ganz gutes Spektrum anbieten könne. Selbstverständlich werde man den entsprechenden Prüfvorschlag aus der heutigen Ausschusssitzung mitnehmen, betont Bürgermeisterin Kleine.

Es sei eigentlich auch die Idee hinter dem allerersten Antrag der Ausschussgemeinschaft FDP/JU zu diesem Thema gewesen, dass eine eigene städtische Einheit, die operativ tätig sei und die die entsprechenden Anlagen errichte, in gewisser Weise auch wisse, wie der Markt tickt und deshalb gedanklich auch gut beraten könnte, entgegnet Stadtrat Dr. Meyer. Aus diesem Grund ist er der Ansicht, dass es relativ sinnvoll wäre, in eine solche Richtung weiterzudenken. Zumal sich bei ihm schon der Eindruck aufdränge, dass bei dieser Thematik ein wenig die regionale Zusammenarbeit verpasst worden sei, da alle Kommunen in der Region 10 eigene strategische Konzepte entwickelt haben. Hätte man dies vor ein paar Jahren zusammen in Angriff genommen, würde man nun vielleicht als Region noch schlagkräftiger unterwegs sein, so Stadtrat Dr. Meyer.

Bürgermeisterin Kleine betont, dass die Diskussion zur Energiewende unter anderem nun in der bevorstehenden Gründung der Stadtenergie GmbH gemündet habe. Insofern ist sie der Ansicht, dass man bei diesem Thema als Stadt Ingolstadt nicht nur technologieoffen, sondern auch organisationsoffen agiere. Das Problem sei letztlich das Förderprogramm der bayerischen Staatsregierung gewesen, dessen Anforderungen man zunächst habe erfüllen wollen, mit dem breiten Spektrum an Aufgaben. Dabei habe dieser enge Bedingungsrahmen allerdings das gesprengt, was momentan schon in den Landkreisen und Kommunen schon alles an Energiewendestrategien unterwegs sei. Von daher habe dies zuletzt nicht mehr zusammengepasst, erwähnt Bürgermeisterin Kleine.

Stadtrat Achhammer erwähnt, dass man den vorliegenden Abschlussbericht der Energieagentur Nordbayern, die die Stadt Ingolstadt bei diesem Prozess begleitet habe, in der heutigen Ausschusssitzung zur Kenntnis nehme. Gleichzeitig stelle man fest, dass eine Zusammenarbeit innerhalb der Region 10 aus unterschiedlichen Gründen nicht machbar gewesen sei. Aufgrund dessen sei es nach dem vorliegenden Bericht auch das Ergebnis der Energieagentur Nordbayern gewesen, das Gründungscoaching nicht mehr weiterzuführen. Aus diesem Grund sollen nach dem vorliegenden Antragstext nun weitere Alternativen geprüft werden, schildert Stadtrat Achhammer. Für diese Untersuchung möchte die CSU-Stadtratsfraktion allerdings mitgeben, dass die Alternativen nicht wieder in einer eigenen städtischen Einheit zur Energieberatung münden sollten. Stattdessen besitze man die Kompetenz in diesem Bereich bereits bei den Stadtwerken Ingolstadt, betont Stadtrat Achhammer. Von daher sollte man hierbei nicht noch einmal eigene Strukturen aufbauen, sondern die Aufgaben einer Energieagentur bei den Stadtwerken Ingolstadt ansiedeln.

Bürgermeisterin Kleine entgegnet, dass man nach der Prüfung der Alternativen, ebenfalls die Stärken und Schwächen der von Stadtrat Achhammer vorgestellten Idee darstellen könne.

Stadtrat Böttcher führt aus, dass die FW-Stadtratsfraktion die Thematik ähnlich sehe wie die CSU-Stadtratsfraktion. Hierbei vertrete man die Meinung, dass die Energieberatung sicherlich ganz gut bei den Stadtwerken Ingolstadt aufgehoben sei. Zumal sich Stadtrat Böttcher vorstellen könne, dass die Stadtwerke Ingolstadt hierbei auch insgesamt neutral beraten können. Darüber hinaus sei es aus der Sicht der Stadt Ingolstadt schon wichtig, dass die Stadtwerke Ingolstadt gute Umsätze erzielen. Insofern bringe es durchaus ein Vorteil mit sich, die Beratungsleistung dort anzusiedeln, da der Kunde dann schon einmal bei den Stadtwerken Ingolstadt sei. Deshalb ist Stadtrat Böttcher der Meinung, dass die vorliegende Entwicklung in dieser Thematik insgesamt keinen Schaden für die Stadt Ingolstadt darstelle.

Mit allen Stimmen:

Entsprechend dem Antrag befürwortet.